

für die Abteilung Landwirtschaft verantwortlichen stellvertretenden Vorsitzenden tätig waren.

Folgende Hemmnisse wurden festgestellt:

a) Die örtlichen Organe der Staatsmacht erfüllten nicht im vollem Umfange ihre Aufgaben bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Weder die Gemeindevertretung noch der Rat der Gemeinde faßten Beschlüsse, die der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft dienen. Auch die Ständigen Kommissionen traten nur wenig in Erscheinung. Bei Beschlüssen, die oft einen allgemeingültigen Inhalt hatten, fehlte die Festlegung der Verantwortlichen, der Termine und der Kontrolle, so daß sich nie jemand für die Durchsetzung der Beschlüsse verantwortlich fühlte. Die Anleitung und Hilfe durch den Rat des Kreises war nicht immer ausreichend.

b) Die LPG wandten die sozialistischen Arbeitsprinzipien nur sehr ungenügend an. In den Viehbrigaden wurde das Leistungsprinzip wenig, in den Feldbaubrigaden fast gar nicht verwirklicht. Für die Feldbaubrigaden wurden noch keine Normen ausgearbeitet; die geleisteten Arbeiten werden vom Brigadier nur geschätzt. Eine Auseinandersetzung wegen der mangelhaften Arbeit der Normenkommission erfolgte bisher nicht.

Das Prämiensystem wurde bisher nicht durchgesetzt, und die geleisteten Arbeitseinheiten wurden nicht öffentlich bekanntgegeben, so daß sich eine Wettbewerbsbewegung nicht entwickeln konnte. Die Arbeitsorganisation und der Arbeitsschutz sind mangelhaft. Die Ursachen für die schlechte Arbeitsorganisation sind mit darin zu sehen, daß bisher keine Arbeitsbesprechungen durchgeführt wurden. Betriebs- und Stallordnungen fehlten. Die Revisionskommission war bisher nicht tätig, es wurde auch nicht mit dem Statut gearbeitet. Vollversammlungen wurden nicht regelmäßig durchgeführt; das letzte Protokoll über eine Vollversammlung ist vom 22. August 1957.

c) Ein Teil der wirtschaftsstarken Bauern in Bredow bewirtschaftete sog. herrenlose Flächen und sog. Morgenstücke, für die sie nur 50 Prozent bzw. gar keine Pflichtablieferung hatten. Dadurch war es ihnen möglich, einen besonders hohen Viehbestand zu entwickeln und sich finanziell unberechtigt große Vorteile zu sichern. Sie entwickelten sich dadurch faktisch zu Kapitalisten auf dem Lande und waren an dem Schritt vom Ich zum Wir nicht interessiert. So konnte ein Einzelbauer, dem 6 ha Land gehörten und der zusätzlich 10 ha sog. herrenlose Flächen bewirtschaftete, im Jahre 1958 landwirtschaftliche Maschinen im Werte von 18 000 DM von Großbauern aus anderen Kreisen kaufen. Unter diesen landwirtschaftlichen Maschinen befand sich ein Traktor, der 1958 zugelassen wurde und für den vom Rat des Kreises Treibstoffzuteilungen erfolgten.

d) Im MTS-Bereich Zeestow stellte die Brigade fest, daß die verantwortlichen Mitarbeiter der MTS nur in ungenügender Weise Maßnahmen zur Beiräumung der Außenstände der MTS einleiteten. So hatte die MTS Zeestow Ende 1957 Außenstände in Höhe von 145 000 DM. Unter diesen Beträgen befanden sich Außenstände aus den Jahren 1948 bis 1955 in Höhe von rund 60 000 DM. Zahlungsbefehle gegen säumige Bauern, bei denen offensichtlich Zahlungsunwilligkeit vorlag, wurden bisher nur in geringem Umfange beantragt. So erfolgten z. B. bei einem Bauern keine Pfändungen, obwohl sein Sohn, der bei ihm arbeitet, einen Pkw besitzt.

Nicht zu vertreten ist, daß die MTS und auch der die MTS vertretende Rechtsanwalt keine Zinsen für die seit Jahren offenstehenden Forderungen geltend machten. Auch das Gericht und die Staatsanwaltschaft haben diese Tatsache bisher nur zur Kenntnis genommen, ohne die erforderlichen Hinweise an die MTS und an den Rat des Kreises zu geben.

Bei den aufgezählten Hemmnissen in der sozialistischen Entwicklung handelt es sich nur um einen Teil der Feststellungen. Die Feststellung von Hemmnissen und Mängeln ist, wenn man ein gutes Verhältnis zu den Werkträgern herstellt, relativ einfach. Bei der Entwicklung eines neuen Arbeitsstils kommt es aber nicht

nur auf die Feststellung an, sondern darauf, die Hemmnisse und Mängel schnell und unbürokratisch zu beseitigen. Das ist der schwierigere Teil der Aufgabe. Daß die Beseitigung der Hemmnisse und Fehler nicht von Staatsanwälten, Richtern oder anderen einzelnen Funktionären erfolgen kann, liegt auf der Hand. Es kommt vielmehr darauf an, den Volksvertretungen, Ständigen Kommissionen und örtlichen Räten Hinweise und Material zu geben, damit sie die Möglichkeit haben, mit ihrer ganzen Autorität für eine Veränderung der Dinge Sorge zu tragen.

In unserem Fall wurde dem Rat der Gemeinde Bredow Hilfe und Anleitung bei der Vorbereitung und Durchführung einer Ratssitzung gegeben. Es wurden Beschlüsse gefaßt, die der weiteren Stärkung und Festigung der LPG „Rosa Luxemburg“ in Bredow dienen. In Vorbereitung dieser Ratssitzung haben wir mit der Parteileitung der Ortsparteiorganisation der SED, verantwortlichen Funktionären der LPG, den Ratsmitgliedern und mit LPG- und Einzelbauern gesprochen. Dadurch war es möglich, wichtige Probleme der Gemeinde und der LPG auf die Tagesordnung zu setzen. Dem LPG-Vorstand haben wir durch mündliche und schriftliche Hinweise geholfen, die sozialistischen Arbeitsprinzipien, insbesondere das Leistungsprinzip, durchzusetzen und die innergenossenschaftliche Demokratie stärker zu entwickeln. Durch Hinweise zur Aktivierung der Arbeit des Frauenausschusses und der Revisionskommission sowie durch ständige Gespräche mit Mitgliedern der LPG bei der gemeinsamen körperlichen Arbeit begannen wir damit, allen Mitgliedern klarzumachen, daß sie über die Geschicke ihrer LPG mitentscheiden. Wir erklärten ihnen, wie sie ihr Recht und ihre Pflicht auf Mitbestimmung verwirklichen können.

Dem Vorstand gaben wir schriftlich eine allgemeinverständliche Erläuterung der wichtigsten Ministerratsbeschlüsse, die der Durchsetzung der sozialistischen Arbeitsprinzipien dienen.

Gleichzeitig bemühten wir uns um die Klärung der Eigentumsverhältnisse an Ackerflächen, die unberechtigt von wirtschaftsstarken Einzelbauern genutzt wurden und die Bodenstücke der LPG zerrissen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe zogen wir Mitarbeiter des Rates des Kreises — Abt. Kataster, Staatliches Eigentum und Boden Ordnung — heran. In relativ kurzer Zeit erreichten wir, daß 230 ha Fläche in die Nutzung der LPG übertragen wurden, so daß die LPG jetzt nicht mehr 100 kleine, sondern nur noch 40 größere Ackerflächen hat und die Technik durch die MTS besser als bisher eingesetzt und ausgenutzt werden kann.

Die Brigade stellte fest, daß der Rat des Kreises seine Aufgaben bei der sozialistischen Entwicklung der Landwirtschaft nicht in vollem Umfang erfüllte. Neben guten Beispielen der Arbeit des Rates auf diesem Gebiet zeigten sich noch ernste Schwächen. Der Rat arbeitete nicht immer kollektiv. Die Abteilungen führten teilweise ihre Aufgaben noch isoliert voneinander durch. Dadurch kam es zwar zu einer geschäftigen Tätigkeit einzelner Mitarbeiter des Rates des Kreises an der Basis, aber nicht zu einer planmäßigen und zielstrebigem Anleitung und Hilfe mit der Zielrichtung, die uns die Partei gegeben hat.

Unbefriedigend ist die Kontrolle der Durchführung durch den Rat. Das zeigt sich insbesondere bei der Durchführung der Hackfrüchternte. Der für die Abteilung Landwirtschaft verantwortliche stellvertretende Vorsitzende des Rates des Kreises kannte Anfang Oktober noch nicht den Beschluß des Rates des Bezirks zur verlustlosen Einbringung der Hackfrüchternte. Die Rodepläne der MTS lagen beim Rat noch nicht vor, und es bestand kein genauer Überblick über den Einsatz des Maschinenparks der MTS. Auch war die Tatsache unbekannt, daß wegen der nicht genügenden Mobilisierung der örtlichen Reserven von Arbeitskräften bei den MTS rund 50 Prozent der Kartoffelroder nicht zum Einsatz gelangten.

Die Feststellungen der Brigade auf dem Gebiet der sozialistischen Umgestaltung auf dem Lande und der Durchführung der Hackfrüchternte wurden in den Sitzungen des Rates des Kreises und mit den MTS-Direktoren ausgewertet. Diese Auswertungen hatten